

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

1. Feber 1961

177/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. N e u g e b a u e r , Dr. W i n t e r und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht,
betreffend antisemitische Ausschreitungen von Innsbrucker Studenten.

-.-.-.-.-

Am Samstag, dem 28. Jänner 1. J., spielte sich in einem Innsbrucker Kaffeehaus ein empörender Vorfall ab. Ein Student aus New York, Hörer der Universität Innsbruck, betrat ein Kaffeehaus in der Maria-Theresienstrasse. Kaum hatte er das Lokal betreten, wurde er von anwesenden Innsbrucker Studenten grob beschimpft. Wie die "Tiroler Tageszeitung" vom 30. Jänner 1961 schreibt, war der Ausdruck "Saujud rauss" die einzige Bemerkung, die sich in einer Zeitung noch wiedergeben lässt.

Die Zeiten der Beschimpfungen und Anpöbelungen, der antisemitischen Ausschreitungen an den österreichischen Hochschulenden der Ersten Republik sind noch allen in Erinnerung. Sie waren die Vorläufer einer Entwicklung, die unser Volk in unsägliches Leid führte und es als Opfer der nationalsozialistischen Aggression in den zweiten Weltkrieg hineinriss.

Es ist leider nicht das erste Mal, dass jüdische Studenten von Angehörigen bestimmter Studentenverbindungen angepöbelt werden. Bereits seit fünf Jahren hat dieser amerikanische Student unter solchen Beschimpfungen zu leiden. So etwa wurde neben seinem Namen auf einer Liste am Anschlagbrett der Universität ein antisemitisches Schimpfwort hingeschrieben und sein Auto mit Hakenkreuzen beschmiert. Solche Ausschreitungen müssen mit aller Energie im Keime erstickt werden. Es geht hier nicht um die Bekämpfung von Lausbübereien, sondern um die Ausmerzung einer Einstellung, die schon einmal zur Vernichtung von hunderttausenden Menschen wegen ihrer Rasse und Religion geführt hat. Wer heute solche Ausschreitungen begeht, ist jedenfalls ungeeignet, an einer Universität zu studieren.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit zu veranlassen, dass die Studenten, die an diesen Ausschreitungen beteiligt waren, vom Studium an österreichischen Hochschulen ausgeschlossen werden?

-.-.-.-.-